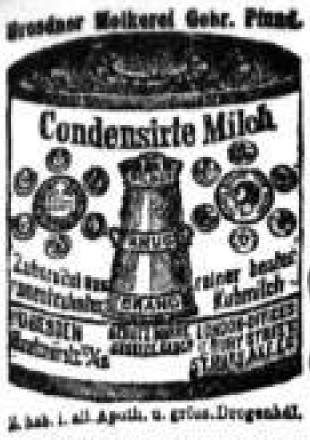
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.




z. hab. i. all. Apoth. u. gröss. Droguenhdl.

# Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück. Dresden, 1891.

**Sagradawein,**
Wein-Fluidextract von Cascara sagrada. Ohne jede Beschwerde zuverlässig wirkendes, ausnehmend mildes, wohlschmeckendes Abführmittel, stört nicht wie Senna, Tamarinde und drastischere Stoffe die Verdauung, sondern regelt solche und kann länger gebraucht werden. Flaschen à Mk. 1, 1.50, 2.50 in den Apotheken.
Man verlange den echten von J. Paul Liebe, Dresden.

**N. Salm**
(Inh.: H. Vollmann)
Special-Fabrik geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr.
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravirarbeiten jeder Art.

**Glaswaaren**
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1110.

**Bürgerl. Brauhaus Dresden-Plauen**
empfiehlt seine gesund bekömmlichen und wohlschmeckenden
Fass- und Flaschenbiere.
Eigene Verkaufsstellen:
Annenstr. 47, Antonsplatz 8, Trompeterstr. 7, Grunaerstr.-Neueg. 7.
Telephon Nr. 1099.

**Tapisserie-Manufactur**
C. Hesse, Altmarkt.
Ausverkauf einer Partie Deckenstoffe u. abgepasster Decken zu aussergewöhnlich ermässigten Preisen.

**L. Weidig, Waisenhausstrasse 21.**
Grösste Neuheiten garnirter Damenhüte in Folge regelmässiger persönlicher Einkäufe in Berlin, Paris und London.

**Nr. 73.** Spiegel: Graf Waldersee beim Fürsten Bismarck. Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung, Schulnachrichten, Dampfschifffahrtspreis-Ermäßigungen. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Sonnabend, 14. März.**

## Politisches.

Eine überraschende Kunde bringen die „Hamburger Nachrichten": Graf Waldersee hat dem Fürsten Bismarck am Mittwoch einen Besuch abgestattet. Der Fürst empfing den Grafen auf dem Bahnhofe, und später unternahmen die beiden Herren eine gemeinsame Fahrt nach dem Sachsenwalde. Abends 9 Uhr kehrte Graf Waldersee nach Altona zurück. Stünden diese Mittheilungen nicht in einem so durchaus zuverlässigen, glaubwürdigen Blatte, so möchte man dieselben der Menge jener zweifelhaften Nachrichten einreihen, mit welcher fortgesetzt der greise Held von Friedrichsruh und seine Beziehungen zur Außenwelt umsponnen werden. Hochbedeutsam ist die Thatsache dieses Besuches in jedem Falle, wie dieselbe auch immer ausgelegt werden mag, besonders deshalb, weil vor wenigen Tagen gemeldet worden ist, der Kaiser werde demnächst dem Grafen Waldersee in Altona einen Besuch abstatten. Von jener Seite, welche sich mit allen Mitteln, ob sie den gesellschaftlichen Ueberlieferungen ehrenhafter Handlungsweise widersprechen oder nicht, bemüht zeigte, die Legende von einer bis zum offenen Haß gehenden Feindseligkeit zwischen dem Kaiser und seinem einstigen ersten Berather zu verbreiten, wird wohl zunächst eine möglichst harmlose Deutung versucht werden. Denn ihr wird daran liegen, daß der Gedanke einer Milderung der Meinungsgegensätze ausgeschlossen erscheint. Man wird sagen, daß Graf Waldersee angesichts des Schicksals des Generals v. Leszczinsky, der verabschiedet wurde, bald nachdem er den Fürsten Bismarck bei sich als Gast gesehen hatte, zum Altreichskanzler nach Friedrichsruh gegangen sei, um auf diesem ungewöhnlichen Wege seine wiederholt geäußerte Absicht, sich gänzlich in die Stille des Privatlebens zurückzuziehen, zur Durchführung zu bringen. Diese Auslegung trägt die Zeichen augenfälliger Unwahrscheinlichkeit. Die ehemaligen herzlichen Beziehungen des Grafen Waldersee zum Kaiser, sein verwandtschaftliches Verhältniß zum Hofe, sowie das ganze Temperament des früheren Generalstabschefs, welches die Möglichkeit einer auch nur im Entferntesten unehrerbietigen Handlungsweise dem obersten Kriegsherrn gegenüber völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, unterstützen durchaus nicht die Auffassung, daß dem Besuch die Bedeutung eines gesuchten offenen Bruches unterlegt werden kann. Weit näher liegender vielmehr und ganz im folgerichtigen Zusammenhange mit der gesammten innerpolitischen Entwickelung der letzten Zeit dürfte die Kombination sein, daß der neuliche Friedrichsruher Besuch des Grafen Waldersee, welcher nach manchem Anzeichen inzwischen das volle Vertrauen und die herzliche Freundschaft seines kaiserlichen Herrn wiedergewonnen hat, das erste hocherfreuliche Symptom ist für die Besserung der Beziehungen und für die Anbahnung vertrauensvoller Verständigung zwischen Berlin und Friedrichsruh. In der Erwartung der hohen Ehre eines kaiserlichen Besuches könnte Graf Waldersee nicht die offenbare Unschicklichkeit begangen haben, nach Friedrichsruh zu fahren, wenn solches nicht gern gesehen oder gar als eine direkte Auflehnung gegen allerhöchste Willensmeinungen aufgefaßt werden könnte. Nicht ausgeschlossen ist es vielmehr, daß die Zusammenkunft des Fürsten Bismarck und des Grafen Waldersee in Ausführung eines kaiserlichen Wunsches oder Auftrages erfolgt ist. Und wäre es denn so wunderbar, wenn an höchster Stelle, nachdem gar manche Experimente mit dem „neuen Kurse" mißlungen sind, mit der Rückkehr zum alten Kurse auch das volle Vertrauen zum langjährigen, kummerprobten Steuermann des Deutschen Reiches wiederkehrte? Wer wollte leugnen, daß wir am Wendepunkte in der bisherigen Politik stehen und daß der völlige Umschwung, der eingetreten ist, die glänzende Rechtfertigung und die stärkste Bekräftigung der Bismarck'schen Politik in fast allen grundsätzlichen Fragen im Innern und auch nach Außen bildet? Die Absage an die Deutschfreisinnigen und die gleichzeitige kraftvolle Abwehr sozialdemokratischer Hochmuthsgelüste, die Wandlung in den deutsch-österreichischen Vertrags-Verhandlungen auf Seiten der deutschen Vertreter, die energische Stellungnahme zum französischen Chauvinismus, der Rücktritt des wankelmüthigen Goßler: das Alles sind schwerwiegende Momente dafür, daß man nach einer Reihe von Mißgriffen und Irrthümern zu der Erkenntniß gelangt ist, nur im vollen Fahrwasser des alten Kurses werde das Staatsschiff an allen Klippen und Untiefen glücklich vorübersegeln. Auch in der sozialpolitischen Haltung ist ja seitens der Regierung eine Umkehr erfolgt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und ganz der Bismarck'schen Auffassung entspricht. Dem fast revolutionären Verhalten der Bergarbeiter gegenüber zeigt die Regierung gegenwärtig eine überlegte und charaktervolle Entschlossenheit, wie sie den Maßnahmen des Fürsten Bismarck eigen war. Man muß eben dem Altreichskanzler auch hier Recht geben, daß es in der Sozialpolitik Maß und Ziel geben muß, wenn nicht die sozialistischen Bestrebungen in's Uferlose wachsen und Begehrlichkeit und Nachgiebigkeit der Sozialdemokratie gegenüber in's Grenzenlose gehen sollen. Die Bismarck'sche Methode der energischen Repression bei gleichzeitig maßhaltender und vorsichtiger, nur schrittweise vorwärts gehender Reformthätigkeit wird also auch in der Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie und in der Sozialpolitik wieder zur Geltung gebracht.

Alles dieses berechtigt zu der Hoffnung, daß der Besuch des Grafen Waldersee beim Fürsten Bismarck nicht blos ein leerer Akt der Höflichkeit war oder blos dem Austausch gleichgestimmter Gedanken und Empfindungen galt. Man darf vielleicht auch nicht übersehen, daß Graf Waldersee seit seiner Versetzung nach Altona wiederholt beim Kaiser in Berlin gewesen ist und daß er hierbei wohl Gelegenheit gehabt haben wird, sich von einem etwa eingetretenen Stimmungswechsel aus eigenster Anschauung zu überzeugen. Und in der That ist die Begegnung des ehemaligen Reichskanzlers und des ehemaligen Generalstabschefs eine wohlerwogene und beabsichtigte und wohl gar mit allerhöchstem Wissen und Willen erfolgt, so gewinnt auch die Reise des Grafen Wedell, des Generaladjutanten des Kaisers, über Hamburg, Altona nach Kopenhagen bezw. Schweden in diesem Zusammenhang eine leicht ersichtliche Bedeutung. Sollten endlich die Gerüchte vom Rücktritt des Herrn v. Caprivi, welche dieser Tage lautbar wurden, nicht etwa auch ein Zeichen sein, daß der Rath unseres größten Staatsmannes wieder herbeigewünscht wird? Inmitten aller dieser schwankenden Kombinationen und Konjunkturen steht eins fest: ein Jubelsturm der Freude würde durch alle deutschen Lande brausen und alle treue deutsche Herzen höher schlagen lassen, wenn unser Kaiser Wilhelm von Berlin aus oder in Altona oder in Friedrichsruh dem Fürsten Bismarck die Hand reichte zum Beweis, daß alle Mißverständnisse beseitigt, daß grundsätzliche Meinungsunterschiede durch ein langes Jahr der Prüfung ausgeglichen sind und daß unser Kaiser hoch erhaben steht über jener feindlichen Auffassung, die ihm angedichtet wird, persönliche Verstimmung veranzustellen der Einsicht, der erste Kanzler und Mitbegründer des Deutschen Reiches habe der Hohenzollerndynastie und dem deutschen Volke 28 Jahre hindurch mit aufopfernder Treue und durchschlagenden Erfolgen gedient, wie kein anderer Sterblicher. Der Jahrestag der Entlassung des Fürsten Bismarck steht nahe bevor und ein Jahr des Bangens und Wartens in schwebender Pein liegt hinter uns. Möchte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, wo endlich alle Krisen glücklich überwunden und Kaiser Wilhelm II. und des Deutschen Reiches eiserner Kanzler in vollem Einverständniß wieder vor aller Welt versöhnt zusammenstehen in Rath und That, als die bewährten Hüter nationaler Macht und Größe, als „Bannerträger" des Deutschen Reiches, denen Alle freudig folgen. Das wäre am Geburtstage des Fürsten Bismarck das schönste Geschenk und Alldeutschland würde diesen nationalen Ehrentag freudiger begehen denn je zuvor.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. März.

**Berlin. Reichstag.** Präsident v. Levetzow übermittelt dem Hause den Dank des Prinzregenten von Bayern für die ihm telegraphisch ausgesprochenen Glückwünsche des Reichstages. Auf der Tagesordnung: 3. Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1891/92. Von einer Generaldiskussion wird abgesehen. — Beim auswärtigen Amt fragt Abg. Richter an, ob der Vertrag mit dem Wolffbureau wegen des demselben für seine Telegramme eingeräumten Vorzugsrechts dem Reichstag noch in dieser Session vorgelegt werden solle. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Ein Vertrag könne nicht vorgelegt werden, da ein solcher nicht existire. Es bestehe nur ein schriftlicher, nicht dritter modus vivendi, wonach dem Bureau die Priorität für politische Telegramme eingeräumt sei. Das auswärtige Amt habe ein Interesse daran, über alle Vorgänge im Auslande rasch auch auf anderem Wege als dem diplomatischen unterrichtet zu werden, sowie auch Veröffentlichungen so rasch als möglich in authentischer Form erfolgen zu lassen. Letzteres sei in Fällen einer diplomatischen Aktion besonders wichtig und ein Vorsprung, den man anderen lasse, die ein Interesse an einer unrichtigen Darstellung haben, sei schwer einzuholen. Das Bureau entspreche nach beiden Richtungen den Anforderungen, die die Regierung stellen müsse. Hätte man ein solches Bureau nicht zur Hand, so müßte ein staatliches Institut geschaffen werden und dem werde wohl Richter nicht das Wort reden. — Abg. Richter: Nach den Aeußerungen des Staatssekretärs müßte man allerdings annehmen, daß mit dem Wolffbureau ein unlösbarer Vertrag bestehe. Das sei nun nicht der Fall. Das Bedürfniß des auswärtigen Amtes, Nachrichten zu empfangen und zu verbreiten, erkenne er an. Aber zu ersterem Zwecke bedürfe es einer solchen Bevorzugung eines Bureaus nicht und die Verbreitung von Nachrichten würde besser durch ein staatliches Bureau, etwa im Anschluß an den „Reichsanzeiger", erfolgen. Aehnliches bestehe und bewähre sich in Oesterreich. Das Wolff'sche Bureau hänge mit Bankhäusern zusammen, denen es dienstbar sei und es diene Börseninteressen, indem es gewisse Nachrichten an gewisse Stellen früher gelangen lasse, als an andere. So sei z. B. zur amtlichen Kenntniß gelangt, daß ein Bankhaus die Thronrede zwei Stunden früher erhalten habe, als sie überhaupt gehalten worden sei. Er sei überzeugt, daß nicht 1 Prozent der Nachrichten des Wolff'schen Bureaus zum auswärtigen Amt Beziehung hätte. Zu welchen Unzuträglichkeiten offiziöse Institute führten, bewiesen jetzt die „Berliner Politischen Nachrichten", die von der Regierung zur Veröffentlichung benutzt würden und gleichzeitig im Dienste des Centralvereines deutscher Industrieller ständen. — Staatssekretär v. Bötticher bestreitet, daß die Regierung die „Berliner Politischen Nachrichten" als offiziöses Organ benutze. Hinsichtlich der Verbreitung der Thronrede seien schärfere Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß die Verbreitung früher erfolge als die Thronrede gehalten werde. — Abg. Richter: Solche Indiskretionen würden durch ein staatliches Institut am Besten verhindert. — Abg. Sebien (natlib.) regt nochmals die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Chile an. Je weniger Schiffe in Samoa lägen, desto besser sei es. — Reichskanzler v. Caprivi ist außer Stande, diese letztere Meinung zu theilen. Es hätte auch 1½ Monate bedurft, ehe das vor Apia liegende Schiff in Chile angekommen wäre. Unsere Kolonieen könnten gleichfalls nicht geschwächt werden. In Japan und China hätten wir große Interessen zu vertreten, die allerdings mehr in der Zukunft lägen. Wir wünschen den Bau der japanischen Kriegsschiffe den deutschen Rhedereien zuzuwenden. Dazu sei nothwendig, daß wir in jenen Gewässern zeigten, was wir im Schiffsbau leisten können. Auch aus der Heimath Kriegsschiffe nach Chile zu senden, erschien nicht angängig: es hätten dann erst Schiffe in Dienst gestellt werden müssen und dann würden diese vor Ablauf von 3 Monaten nicht an Ort und Stelle eintreffen können. Abgesehen vom Geld hätte es dazu auch der Mannschaften bedurft. Aber was könnten deutsche Schiffe in Chile nutzen? Das Gefühl der dortigen Landsleute würde durch das Zeichen der deutschen Flagge gehoben werden, aber das sei doch mehr von ideelem als realem Werth. Die chilenische Küstenstrecke sei zu lang gestreckt, als daß dort ein oder mehrere Schiffe viel ausrichten könnten. Es seien jetzt 8 englische Schiffe in den chilenischen Gewässern, welche doch nicht die Beschädigung englischen Eigenthumes verhindern konnten. Wir hätten keine Berechtigung, uns in die chilenischen Kämpfe einzumengen und es wäre doch sehr zweifelhaft, ob wir durch eine solche Einmischung dem deutschen Handel in Chile nützen würden. (Beifall.) — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) beklagt, daß im auswärtigen Dienst immer mehr Leute jüdischer Abkunft beschäftigt würden. Dadurch würden die Interessen des Reiches mit denen der internationalen Börse verquickt. — Abg. Richter fragt, ob es richtig sei, daß die Aufnahme einer Anleihe von 1½ Millionen Mk. für Kamerun unter Verpfändung der Zolleinnahmen dieser Kolonien beabsichtigt werde. — Geh. Rath Kayser bestätigt, zur Tilgung der Anleihe sei ein Theil der Zolleinnahmen Kameruns bestimmt. — Abg. Frhr. v. Stauffenberg (fr.) fragt, wer die Anleihe aufnehme und wer der Schuldner sei. — Geh. Rath Kayser: Der Schuldner sei das Reich. Dasselbe übernehme aber außer der Anwendung eines Theiles der Einnahmequellen der Kolonie zur Tilgung keine weitere Haftung. — Abg. Richter (frs.) bringt eine Resolution ein, auszusprechen, daß die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe ohne Zustimmung des Reichstages verfassungsmäßig nicht berechtigt sei. Er beantragt, diese Resolution zusammen mit der Resolution „Gouverneur für Kamerun" an die Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen. Ganz abgesehen vom staatsrechtlichen Standpunkt sei die Maßnahme auch finanziell verfehlt. Das Reich erhalte das Geld viel billiger, als ein Privatkonsortium, das mindestens 5 Prozent gewähren müsse. Das Verfahren, Einnahmen zu verpfänden, sei ein ganz barbarisches, ein wirklich afrikanisches. Der Gedanke habe nur durch einen Wörmann entstehen können. Die Haupt-Einnahme Kameruns sei der Schnapszoll, die Schnapseinfuhr also, die man sonst bekämpfe, wolle man hier zur Unterlage des Reichskredites machen. — Abg. v. Bennigsen (natlib.) weist die Angriffe auf Wörmann zurück und stimmt der Verweisung der Richter'schen Resolution, nicht aber der Etat-Position an die Budgetkommission zu. — Abg. Richter: Die Verweisung auch der Etats-Position sei beantragt, um die schon für die nächsten Tage geplante Begebung der Anleihe zu verhindern. Die Resolution Richter wird an die Budgetkommission verwiesen. — Beim Reichsamt des Innern wünscht v. Meyer-Arnswalde, daß das Reich mehr für die Kunst thue. Das könne dadurch geschehen, daß dem Kaiser ein Fond zur Förderung der Malerei zur Verfügung gestellt werde. — Auf Antrag Dr. Barth's (frs.) erklärt Staatssekretär v. Bötticher, daß der Aufhebung des Einfuhrverbotes von amerikanischem Schweinefleisch sofort näher getreten werden solle, sobald die Sicherheit dafür geschaffen sei, daß nur gesundes Fleisch zu uns eingeführt werde. Bis jetzt fehle diese Sicherheit noch. — Beim Militär-Etat bringt Bebel auf Grund der Broschüren Curt Abel und Müller das Kapitel der Soldatenmißhandlungen zur Sprache und bespricht eine Reihe den genannten Schriften entnommener Einzelfälle. Diese Fälle ständen im Widerspruch mit dem heutigen Stande unserer gesammten Kultur. Auf die Mißhandlungen sei auch die Häufung der Selbstmorde in der Armee zurückzuführen. Die Selbstmorde bilden 22,5 Prozent der Todesursachen in der Armee. Als Ursache der Selbstmorde sei meist Furcht vor Strafe angegeben. Die Strafen, welche das Militärstrafgesetz verhänge, seien barbarisch und die Rechtspflege werde beim Militär als geheime Behme gehandhabt. Die Thiere würden besser behandelt, als die gemeinen Soldaten. Bebel erklärt schließlich die Soldaten-Mißhandlungen zum stehenden Thema der parlamentarischen Erörterungen machen zu wollen. — Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau hofft, daß die Rede Bebels an der Stelle, wo die Wirkung vielleicht beabsichtigt war, nicht wirken werde. Der Beweis dafür, daß irgend ein Fall von Soldatenmißhandlung, der zur Anzeige gekommen, nicht streng bestraft worden wäre, sei nirgends erbracht und könne nicht erbracht werden. Längst, bevor die Abel'sche Broschüre erschienen, seien strenge Bestimmungen mehrerer darin geschilderter Fälle erfolgt. Ausschreitungen kämen vor und könnten nie ganz vermieden werden, denn es handle sich um junge Leute, die aus den verschiedensten Lebensstellungen zusammen kommen. Jedenfalls werde aber seitens der Vorgesetzten Alles gethan, um die Mißhandlungen zu bestrafen. — Bebel (Soz.): Man möge für Abstellung der Mißhandlungen sorgen, dann werde auch der Anlaß fortfallen, dieselben hier zu erörtern. Soldaten, die sich über Mißhandlungen beschwerten, hätten beim Militär keine ruhige Stunde mehr. Offiziere, die sich solcher Mißhandlungen schuldig machen, würden befördert: dies sei nicht geeignet, zu Anzeigen der Mißhandlungen anzuregen. — Abg. Szmula (Ctr.): Bebel habe ein ganz verzerrtes Bild von den militärischen Verhältnissen entworfen. Den Soldaten werde in der Instruktion genau gesagt, wie weit der Vorgesetzte gehen dürfe. Der Soldat werde, sobald er sich mit Grund beschwere, in eine andere Korporalschaft eingestellt. Man solle doch also nicht so thun, als ob der Soldat gar kein Recht finden könnte. Es sei ja richtig, daß Ausschreitungen vorkämen; sie kämen bei den Sozialdemokraten ebenso vor. Das Gerichtsverfahren habe damit wenig zu thun und es sei ziemlich gleichgiltig, ob das Verfahren öffentlich stattfinde oder nicht. Die Fälle von Mißhandlungen würden hier vorgebracht, zahlreiche Fälle von Wohlthun aber verschwiegen. Die ganze Beschuldigung habe nur den Zweck, der Sozialdemokratie Anhang in der Armee zu verschaffen. — Abg. Hinze (fr.): Mängel im Rechtsverfahren der Armee seien vorhanden und die jetzige Stellung des Auditeurs unhaltbar. Ein wegen Mißhandlung wiederholt bestrafter Offizier sei in der Armee unmöglich. Bebel sei mit seiner entgegengesetzten Meinung im Irrthum. Allerdings gelange nicht die Hälfte, vielleicht nicht ein Drittel der Mißhandlungen zur Anzeige. Leider kämen noch viele junge Leute zur Armee, die aus ihrem Civilverhältniß daran gewöhnt seien, geschlagen zu werden. Man möge sich auch im Civilverhältniß an eine bessere Behandlung der jungen Leute gewöhnen. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Hinweis auf die Selbstmorde in der Armee könne nur dem Hinweis auf die Selbstmorde in den Armeen anderer Länder entgegengehalten werden. — Weiterberathung morgen.

**Berlin.** Bei den 31 Invaliditäts- und Altersversorgungsanstalten waren bis 28. Febr. 27,503 Altersrenten bewilligt. Angemeldet im Februar 40,194 Rentenansprüche, davon 1631 in Sachsen. — Die Budgetkommission des Reichstages nahm den Antrag Richter auf jährliche Mittheilungen der Ergebnisse der Schienen-Submissionen der Reichsbahnen und den Antrag Schrader auf Anschluß jeder Erhöhung bei der Reform der Personentarife an. — Das Abgeordnetenhaus setzte die Etatsberathung fort. Beim Etat der auswärtigen Angelegenheit brachte Tramm (nat.-lib.) eine Zeitungsnachricht zur Sprache, wonach ein hoher preußischer Beamter bei einer finanziellen Bedrängniß eine Unterstützung aus einem staatlich verwalteten Wohlthätigkeitsfonds, unter dem wohl der Welfenfonds zu verstehen sei, erhalten haben soll. Hobrecht (nat.-lib.) sprach sein Erstaunen aus, daß Tramm ohne jede Verständigung mit der nationalliberalen Fraktion diese Angelegenheit zur Sprache gebracht habe. Die Nationalliberalen hätten kein Bedürfniß, Zeitungsgeklatsch zu widerlegen. Damit war die Angelegenheit erledigt.

**Berlin.** Das rheinische Provinzdenkmal Kaiser Wilhelms I. wird am deutschen Eck in Koblenz errichtet.

**München.** Der Kaiser übersandte dem Prinzregenten Luitpold zu dessen 70. Geburtstage folgendes Telegramm: „Unter den Beweisen der Verehrung und Liebe des gesammten bayerischen Volkes feierst Du heute Deinen 70. Geburtstag. Empfange zu diesem seltenen Feste Meine aus vollem Herzen kommenden Glückwünsche und laß Mich dabei aussprechen, wie froh und dankbar Ich es anerkenne, daß mit Deiner treuen Mitwirkung die Bande, welche Uns und unsere Häuser und Regierungen verknüpfen, zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes sich nur immer fester und in-

Pfund's berühmte Kindermilch. Trockenfütterung. (Kuhmilch)
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 11/42.